

Hamm, 03.07.2009

## Presseerklärung

### **Zur Entlassung eines Tatverdächtigen aus der Untersuchungshaft**

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen hat Verständnis dafür, dass sich Unmut darüber verbreitet, dass ein mittlerweile angeklagter Beschuldigter nach neun Monaten Untersuchungshaft entlassen wird. Andererseits ist festzuhalten, dass nach den in einem Rechtsstaat geltenden Vorschriften Untersuchungshaft unabhängig vom Tatvorwurf nur bei besonderer Beschleunigung des Verfahrens rechtmäßig ist.

Diese besondere Beschleunigung ist unabhängig vom Einzelfall, der hier nicht kommentiert wird, generell nur dann möglich, wenn die Justiz über das dazu erforderliche Personal verfügt. Der Bund der Richter und Staatsanwälte mahnt seit Jahren immer wieder an, dass in NRW nicht nur gut 500 Richter sondern auch über 200 Staatsanwälte fehlen. Der seit über 10 Jahren betriebene Stellenabbau muss rückgängig gemacht werden. Die Schaffung von 90 neuen Stellen, die die Justizministerin vor kurzem angekündigt hat, von denen 32 auf die Staatsanwaltschaften entfallen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die seit Jahren gefahrene Dauerüberlast von 130% und mehr wird dadurch allein aber noch lange nicht beseitigt.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, Reiner Lindemann, hierzu:

*„Den Einzelfall kann der Verband nicht kommentieren. Wenn die Politik die Staatsanwälte und Richter des Landes aber weiterhin unter Dauerüberbelastung arbeiten lässt, muss sie zur Kenntnis nehmen und den Bürgern erklären, dass dann folgenreiche Fehler wesentlich wahrscheinlicher werden. Gerade wegen dieser Situation sind wir sowohl 2006 als auch 2007 auf die Straße gegangen. Wir haben im Oktober 2007 die größte Demonstration von Richtern und Staatsanwälten in Düsseldorf wegen Stellenabbau und mangelhafter Besoldung erlebt, doch die verantwortlichen Politiker, insbesondere Finanzpolitiker, sehen nach wie vor die Notwendigkeit der Aufstockung von Personal nicht ein.*

*Die Justizministerin hat angekündigt, den Vorgang untersuchen zu lassen. Es wird immer Fehler von Einzelnen geben. Sollte sich aber bewahrheiten, dass eine Überlastung oder Unterbesetzung an der jetzt entstandenen Situation mitgewirkt hat, werden wir alles tun, um diesen Zusammenhang weiter herauszustellen und ein „Bauernopfer“ zu verhindern.“*

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: RAG Reiner Lindemann: 0171/6458244

*Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3100 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.*